

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Wahlkampfauftakt am 10. April 2015 in Bremen im Kulturzentrum Schlachthof mit Bürgermeister Jens Böhrnsen, Ministerpräsident Stephan Weil, Bürgermeister Olaf Scholz und Ministerpräsident Erwin Sellering (v. l. n. r.) – bei bester Stimmung.

FOTO: SPD BREMEN

BREMEN SOLL LAND DER FAIREN ARBEIT WERDEN

Von Bürgermeister Jens Böhrnsen, SPD-Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015

Wir sind jetzt im Endspurt. Am 10. Mai geht es um richtig was. Nicht nur um ein gutes Ergebnis für die SPD. Es geht darum, die Themen Stärkung der Wirtschaftskraft und faire Arbeit zusammen zu bringen. Es geht darum, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr gute Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Wir haben insgesamt ein deutliches Plus an Arbeitsplätzen zu vermelden. In den letzten vier Jahren von Januar 2011 bis Januar 2015 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Lande Bremen von rd. 291.000 auf rd. 311.000 erhöht. Wir brauchen nicht nur Arbeitsplätze, wir brauchen gute Arbeitsplätze. Über drei Millionen Menschen in Deutschland haben einen vollen Arbeitsplatz, von dem sie nicht leben können.

Auch in Bremen und Bremerhaven gibt es viele ungesicherte, schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Das lässt uns nicht kalt. Wir wollen, dass Bremen zu einem Land der fairen Arbeit wird.

Und das heißt:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit tariflich abgesicherter Bezahlung,
- die Verhinderung von sachgrundloser Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen,
- die Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes und des Bremischen Landesmindestlohngesetzes,
- eine gute Erwerbsbeteiligung von Frauen gerade auch in gewerblich-technischen Berufen,
- eine hohe Ausbildungsquote und eine qualifizierte Ausbildung,
- eine Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- und natürlich eine gute Mitbestimmung in den Betrieben.

Selbstverständlich brauchen wir auch vernünftige Regeln für ganz Deutschland. Aber wir in Bremen reden nicht nur, wir tun auch was. Bremen war das erste Bundesland mit einem Mindestlohngesetz. Gute Arbeit ist eines der Themen im ressortübergreifenden „Strukturkonzept Land Bremen 2020“. Wir haben unser Landesinvestitionsförderprogramm so ausgestaltet, dass die Sicherung und Schaffung regulärer Arbeitsplätze in der Stammebelegschaft gefördert werden. Auch Projekte und Beratungsmaßnahmen, die sich mit dem Thema „gute Arbeit“ befassen, werden zunehmend mit der Wirtschaftsförderung verbunden. Und wir werden zur Durchsetzung von Standards guter Arbeit und zur Bekämpfung von Schwarzarbeit in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer eine Hotline einrichten. Telefonische Beschwerden sollen zu einer unmittelbaren Überprüfung führen. ■

KLARE SCHWERPUNKTE SETZEN!

Von Dieter Reinken, Landesvorsitzender

Die Menschen im Land Bremen kennen die schwierigen Bedingungen unserer Städte Bremen und Bremerhaven. Sie erwarten von der SPD, dass sie diesen Bedingungen mit Tatkraft und Einsatz begegnet. Ein Sammelsurium von Wunschvorstellungen hilft dabei nicht weiter. Gefordert ist stattdessen Augenmaß, konsequentes Handeln – aber auch Kompromissfähigkeit.

Wir setzen deshalb auf eine soziale, kompetente und realistische Politik mit klaren Schwerpunktsetzungen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Auf eine Politik, die die Menschen in Bremen und Bremerhaven zusammenführt und dafür sorgt, dass niemand im Stich gelassen wird.

Dafür steht die SPD, dafür steht dieses Programm, dafür steht unser Spitzenkandidat Jens Böhrnsen.

Woran wir uns messen lassen:

- Wir werden weiterhin gute Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen. Mit der Erschließung von Gewerbeflächen, mit dem geplanten Offshore-Terminal in Bremerhaven, mit neuen technologischen „Leuchttürmen“ wie dem EcoMaT (Center for Ecoefficient Materials & Technologies) – kurzum: Mit der Unterstützung von Wissenschaft und Innovation wollen wir neue, zusätzliche Beschäftigung nach Bremen und Bremerhaven holen. Denn Arbeit, von der man leben kann, ist und bleibt die wirksamste Armutsprävention.
- Bremen soll ein Land der fairen Arbeit sein: Wir wollen gute Arbeit, sichere Arbeitsplätze, gute Löhne, gleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit erhalten, so den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Deshalb haben wir den Mindestlohn eingeführt und deshalb werden wir auch die Leiharbeit weiter zurückdrängen. Unsere Arbeitsmarktpolitik richten wir dabei konsequent darauf aus, Menschen (wieder) in Arbeit zu bringen – und zwar vor allem durch Qualifizierungen, die einen „echten“ Berufsabschluss zum Ziel haben. Das gilt insbesondere auch für junge Leute, die wir mit der Ausbildungsgarantie auf dem Weg in den Beruf besonders unterstützen werden.



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit der Journalistin Beate Hoffmann auf der Veranstaltung „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ am 15. April 2015 im BLG-Forum.

- Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Start in ein selbstbestimmtes Leben. Wir stehen zum Bildungskonsens: Wir werden in die Stabilität und Verlässlichkeit unseres Schulsystems investieren, statt über Schulstrukturen zu diskutieren. Priorität hat für uns dabei die Reduzierung von Unterrichtsausfällen und die Verbesserung der Schulqualität. Um das zu erreichen, werden wir für ausreichende Vertretungslehrkräfte und vor allem auch für einen vollständigen Ausgleich von Schwangerschaftsausfällen sorgen. Mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen wollen wir erreichen, indem in den kommenden vier Jahren alle Grundschulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden.
- Uns geht es um gute Chancen für unsere Kinder von Anfang an – dazu gehört der weitere Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze. Die Basis für Chancengleichheit wird bei den Jüngsten gelegt! Deshalb ist für uns besonders der Ausbau der Kinderbetreuung in benachteiligten Quartieren ein Schwerpunkt. Wie schon bei den Drei- bis Sechsjährigen wollen wir – durch eine Änderung des Kita-Gesetzes – auch für die jüngeren, ein- bis dreijährigen Kinder eine Mindestbetreuungszeit von sechs Stunden einschließlich Mittagessen erreichen.
- Wir lassen Schwache nicht allein und unsere beiden Städte nicht in Arm und Reich zerfallen. Bremen und

Bremerhaven brauchen insbesondere bezahlbaren Wohnraum.

Wir haben durchgesetzt, dass wieder mehr Wohnungen gebaut werden, Wohnungsnot bekämpft wird und die Mieten bezahlbar bleiben. Wir sorgen deshalb für gute Rahmenbedingungen für die Schaffung von Wohnraum – und machen klare Vorgaben: Wer öffentliche Fläche kauft, muss dafür sorgen, dass mindestens ein Viertel des dort neu entstehenden Wohnraums die Kriterien des sozialen Wohnungsbaus erfüllt. Dabei zeigt sich wieder einmal, wie wichtig unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sind. Sie bleiben daher unveräußerlich!

- Bremen und Bremerhaven sind und bleiben weltoffene, tolerante und lebendige Städte. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit stellen wir uns entschieden entgegen. Diese demokratische Kultur leben wir und entwickeln sie weiter. Dazu gehört auch, dass wir Menschen aufnehmen, die durch Kriege, Unterdrückung und Elend als Flüchtlinge zu uns kommen und eine neue Heimat suchen. Das stellt uns vor Herausforderungen, ist aber auch eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaften. Diese Herausforderungen werden wir annehmen – mit Respekt, klaren Regeln und gleichen Chancen für alle.

TERMINE:

WAHLKAMPFENDSPURT MIT JENS BÖHRNSEN UND SIGMAR GABRIEL

**FREITAG
8. MAI 2015
19:00 UHR
EINLASS 18:00 UHR**

Musikal Theater Bremen
Richtweg 7
28195 Bremen

SPD-WAHLTREFF

**SONNTAG
10. MAI 2015
ab 17:00 UHR**

Ständige Vertretung (Stäv)
Böttcherstraße 3
28195 Bremen

PARTEIKONFERENZ „WAHLNACHLESE“

**MONTAG
11. MAI 2015
19:30 UHR**

Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Oberstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Vier Jahre, viel erreicht: Eine kleine Bilanz der „Highlights“

Am 10. Mai geht mit der Bürgerschaftswahl die 18. Legislaturperiode zu Ende. Bevor das Parlament anschließend in die nächste Saison startet, wollen wir heute einige „Highlights“ der SPD-Fraktion aus den vergangenen vier Jahren Revue passieren lassen.

Klare Kante für Gute Arbeit! Ein Lohn, von dem man leben kann. Sichere Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, sondern Anerkennung bieten und auch für Mütter und Väter Chancen bieten. Das ist, was wir unter guter Arbeit verstehen und wofür wir uns in den vergangenen vier Jahren mit zahlreichen Initiativen im Parlament stark gemacht haben. So hat die Bürgerschaft beispielsweise auf Initiative der SPD-Fraktion als erstes Bundesland ein Landesmindestlohngesetz eingeführt – und so Dumpinglöhnen eine klare Absage erteilt.

Aber auch darüber hinaus hat die SPD in der rot-grünen Koalition für eine klare Handschrift gesorgt und „Gute Arbeit“ in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere auch durch die Koppelung von Wirtschaftsförderentscheidungen an dieses Leitmotiv. Konkret: Entsprechende Fördermittel fließen heute auf Initiative der SPD-Fraktion in erster Linie an die Unternehmen und Betriebe, die sich durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, tarifliche Bezahlung, eine hohe Ausbildungsquote, eine gute Erwerbsbeteiligung von Frauen, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Begrenzung von Leiharbeit sowie die Integration von arbeitslosen Menschen auszeichnen.

Unsere Nachwuchs - Investitionen, die sich lohnen! Der Ausbau der Kinderbetreuung und mehr Ganztagsangebote an den Schulen: In den ver-

gangenen vier Jahren hat die SPD-Fraktion diese beiden Themen in den Fokus gerückt. Dabei sind nicht nur zahlreiche neue Krippen- und Kindergartenplätze entstanden, sondern gleichzeitig wurde durch die Garantie einer Betreuungszeit von mindestens sechs Stunden täglich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert.



Mehr Verlässlichkeit, dafür hat die SPD Fraktion gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner auch an den Schulen gesorgt: Statt über Schulstrukturen zu diskutieren, konnte ein parteiübergreifender Bildungskonsens erreicht – und so endlich die Unterrichtsqualität, in den Mittelpunkt gerückt werden. Zudem ist Bremen beim Thema Inklusion auch durch den Einsatz der SPD-Fraktion mittlerweile bundesweit Vorreiter: Bei uns an der Weser drücken ab der ersten Klasse grundsätzlich alle Schüler gemeinsam die Schulbank – egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Aber auch nach der Schule soll niemand zurückgelassen werden: Durch die auf Initiative der SPD angestoßene Einführung der Ausbildungsgarantie und die neuen Jugendberufsagenturen erhalten junge Leute eine garantierte Unterstützung nach dem Schulabschluss.

Das alles war und ist nicht umsonst zu haben. Aber für uns ist klar: Besser als in den Nachwuchs, lässt sich nirgends investieren.

Wohnen darf kein Luxus sein! Mehr und vor allem mehr bezahlbarer Wohnraum - genau dafür ist die SPD-Fraktion mit ihrer Initiative für eine Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik aktiv geworden. Ergebnis ist unter anderem eine feste Quote: Beim Verkauf von öffentlichen Grundstücken muss mindestens ein Viertel des dort entstehenden Wohnraums den Kriterien des sozialen Wohnungsbau entsprechen. Parallel dazu wurden auf unsere Initiative Wohnungsheuschrecken und Eigentümern von Schrottimmobilien mit Mindeststandards für Wohnraum klare Grenzen gesetzt. Bei Verstößen drohen durch das neue Wohnungsaufsichtsgesetz empfindliche Bußgelder oder in letzter Konsequenz ein Vermietungsverbot.

Mehr Beteiligung! In Bremen sollen die Experten für dieses Bundesland entscheiden - und dass sind die Bremerinnen und Bremer selbst. Deshalb hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner nicht nur die Hürden für Bürgerbegehren und -anträge gesenkt, sondern - wie etwa bei der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans - ganz neue Formen der Beteiligung eingeführt. Mit der Privatisierungsbremse haben die Bremerinnen und Bremer auf Initiative der SPD auch bei einem anderen Thema das Sagen: Öffentliches Eigentum kann in Bremen nunmehr nur noch nach einer entsprechenden Volksentscheid veräußert werden um kurzfristige Verkäufe des Bremer Tafelsilbers - wie etwa der Gewoba - deutlich zu erschweren. ■

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.

Gute Bildung von Anfang an:
längere U3-Betreuungszeiten, mehr
Krippen- und Kita-Plätze, alle Grund-
schulen mit Ganztagsangebot.

SPD

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Unsere Wirtschaft
wächst. Mit fairer
und sicherer Arbeit.

SPD

Miteinander.

www.spd-land-bremen.de

UNSERE THEMEN – UNSERE SCHWERPUNKTE

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Mit mehr Wohnungs-
bau bleibt gutes Wohnen
bezahlbar.

SPD

Miteinander.

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.

Unser Bremen: weltoffen,
bunt und lebendig.

SPD

www.spd-land-bremen.de